



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1.	Aktuelles aus Bayern	2
1.1	Atomkraft: Schluss! – 8.000 auf Anti-AKW-Demo in Fürth	2
1.2	Vortrag zum Mindestlohn bei der Kreismitgliederversammlung in Passau	2
1.3	Erklärung des DGB Mittelfranken: Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft! 3	
2.	Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE	3
2.1	Atomausstieg bis 2014 – LINKE legt Konzept vor	3
2.2	Betriebsrat für Abgeordnetenmitarbeiter beschlossen	4
2.3	Neue Ausgabe des Newsletters "Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik"	4
2.4	Bundestagsfahrt mit Schwerpunkt Gesundheitspolitik.....	4
3.	Reden im Bundestag.....	5
3.1	Rede vom 26. Mai: Krankenkassenpleite ist Ergebnis einer verfehlten Gesundheitspolitik.....	5
3.2	Rede vom 26. Mai: Versorgung der privat Versicherten im Basistarif sicherstellen. Gesetzliche Krankenversicherung für Solo-Selbständige bezahlbar gestalten	5
4.	Pressemitteilungen.....	6
4.1	Gesundheitsfonds zu solidarischer Bürgerversicherung umbauen (27. Mai)	6
4.2	Studiengebühren wieder abschaffen – endlich auch in Bayern! (25. Mai)	6
4.3	Die Zeitbombe Zusatzbeitrag zündet (16. Mai).....	6
4.4	Schwarz-Gelb treibt Kassen in die Pleite (13. Mai)	6
4.5	Zuzahlungen sind Kopfpauschalen für Kranke (13. April)	7

5.	Sonstiges.....	7
5.1	Artikel in der Jungen Welt vom 6. Mai: 200 Kliniken vor dem Aus	7
5.2	Sarrazin und die SPD.....	7
5.3	Initiative „Fair Play: Mannschaftsspiel gegen Medienmacht“	7
6.	Termine	8
6.1	Öffnungszeiten der Stadtratsgruppe der Linken Liste Nürnberg	8
6.2	Harald auf Facebook.....	8
7.	Kontakt zu Haralds Büros	8

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 Atomkraft: Schluss! – 8.000 auf Anti-AKW-Demo in Fürth



Unter dem Motto „Atomkraft: Schluss!“ demonstrierten am 28. Mai bundesweit über 150.000 Menschen in 21 Städten. An der Demonstration in

Fürth nahmen ca. 8.000 Menschen teil. Auch ich habe mich an der Demonstration beteiligt und im Vorfeld [zur Teilnahme aufgerufen](#). Die Rede, die meine Kollegin Eva Bullinger-Schröter dort gehalten hat, gibt es in Ausschnitten in diesem [YouTube-Video](#) (ab Minute 1:25). Die IG Metall Bayern hatte mit einem eigenem Aufruf ([Aufruf lesen](#)) zu den drei Demonstrationen in Bayern (Fürth, Landshut, München) mobilisiert. Die Rede von Thomas Händel, erster Bevollmächtigter der IG Metall Fürth, kann ebenfalls auf YouTube angesehen werden: [Video ansehen](#). Um der Atomlobby nachhaltig das Handwerk zu legen, werden wir noch zahlreiche solcher Massenproteste durchführen müssen, nur so lässt sich ein unverzüglicher Ausstieg aus der Atomenergie gegen Schwarz-Gelb durchsetzen! (Siehe das Ausstiegskonzept der LINKEN auf der nächsten Seite, Punkt 2.1)

1.2 Vortrag zum Mindestlohn bei der Kreismitgliederversammlung in Passau

Zum dreijährigen Jubiläum des Kreisverbands Passau war ich am 30. April als Referent eingeladen und habe über die Forderung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gesprochen. Auf der Seite des Kreisverbands gibt es einen [Bericht zur Veranstaltung](#).



1.3 Erklärung des DGB Mittelfranken: Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft!

In einer gemeinsamen Pressekonferenz des DGB Mittelfranken, sowie den MdBs Martin Burkert, Marlene Rupprecht (beide SPD), Uwe Kekeritz (Grüne) und mir wurde am 18. Mai unsere gemeinsame Erklärung „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ vorgestellt:

„Die Gesetzliche Krankenversicherung hat sich bewährt, sie bietet allen Menschen in Deutschland eine hohe medizinische Versorgungsqualität und sorgt für einen solidarischen Finanzausgleich zwischen den Versicherten und den Arbeitgebern

sowie innerhalb der Versicherten zwischen Arm und Reich, Krank und Gesund sowie Jung und Alt.“

[WEITERLESEN](#) | [ERKLÄRUNG ALS PDF HERUNTERLADEN](#)

➔ Artikel in der Nürnberger Zeitung vom 18. Mai:

[„DGB fordert solidarisches System. Kritik an der Gesundheitsreform.“](#)



2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Atomausstieg bis 2014 – LINKE legt Konzept vor



Am 10. Mai hat die DIE LINKE. im Bundestag ein Konzept für den unverzüglichen Atomausstieg verabschiedet. Unter der Überschrift [Wann, wenn nicht jetzt?](#) fordert die Fraktion den Atomausstieg bis zum Ende des Jahres 2014.

Elf Atomkraftwerke sollen sofort stillgelegt werden, die sechs weiteren AKWs schrittweise bis 2014 vom Netz gehen. Damit der Atomausstieg unumkehrbar

wird, soll er im Grundgesetz verankert werden. Aufgezeigt wird zudem der Einstieg in eine ganz andere Energiepolitik – sozial, ökologisch, demokratisch. Für eilige Leser gibt es die zweiseitige Kurzfassung des Konzepts: [Sieben Schritte zum unverzüglichen & unumkehrbaren Atomausstieg.](#)

2.2 Betriebsrat für Abgeordnetenmitarbeiter beschlossen

Zwischen der Abgeordnetengemeinschaft der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und dem Bundesvorstand von ver.di gibt es seit dem 25. Mai einen Tarifvertrag. Für die Gewerkschaft unterzeichneten deren Chef Frank Bsirske (rechts) und Bundesvorstandsmitglied Achim Meerkamp (links), für die Abgeordnetengemeinschaft habe ich die entsprechende Unterschrift geleistet. Damit wird es nach einer Wahl bis Anfang Juli einen büroübergreifenden Betriebsrat für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten geben.



- ➔ Interview mit mir im Neuen Deutschland vom 3. Juni:
[„Linksfraktion mit Chefverein?“](#)
- ➔ Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Juni:
[„Genosse Arbeitgeber. Angestellte der Linken-Abgeordneten gründen Betriebsrat – doch nicht alle machen mit“](#)
- ➔ Pressemitteilung von ver.di:
[„Mitbestimmung: ver.di mit Bundestagsfraktion der Linken über Tarifvertrag einig“](#)

2.3 Neue Ausgabe des Newsletters "Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik"

Im Mai ist die neue Ausgabe des Newsletters „Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik“ der Fraktion erschienen ([zum Inhaltsverzeichnis](#)). Themen sind u.a.:

- [Neoliberaler Hardliner wird Gesundheitsminister](#)
- [Qui bono, Gesundheitskarte?](#)
- [Die Finanzierungsfrage bleibt Knackpunkt jeder grundlegenden Pflegereform](#)

2.4 Bundestagsfahrt mit Schwerpunkt Gesundheitspolitik

Vom 16. bis 18. Juni 2011 findet wieder eine Bundestagsfahrt mit dem Schwerpunkt Gesundheitspolitik statt. Ein Höhepunkt ist dabei neben dem Gespräch mit unserem MdB Harald Weinberg auch ein zweistündiges Gespräch mit der Berliner Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE).

Natürlich ist auch touristisch wieder einiges im Programm. Fahrtkosten, Hotel und Verpflegung wird komplett vom Bundestag finanziert. Für jeden Teilnehmer verbleibt lediglich ein Eigenanteil von 20 € für Eintrittskarten sowie, falls gewünscht, der Aufwand für den Einzelzimmerzuschlag.

I. d. R. sind die Plätze schnell vergeben. Wer sich also schnell entschließen kann, hier mitzufahren, sollte sich möglichst schnell melden. [WEITERLESEN](#)

3. Reden im Bundestag

3.1 Rede vom 26. Mai: Krankenkassenpleite ist Ergebnis einer verfehlten Gesundheitspolitik (Aktuelle Stunde zu Krankenkassenpleiten)



Wir haben erlebt, wie eine Betriebskrankenkasse, die City BKK, pleitegegangen ist. Wir haben große Verunsicherung bei den Versicherten erlebt. Wir haben die Bilder gesehen, die Schlangen vor den Geschäftsstellen anderer Kassen gezeigt haben. Wir haben das Einteilen der Versicherten in gute Risiken und schlechte Risiken erlebt, also in Junge und Gesunde sowie in Ältere und Kranke. Dieses Denken kannten wir bisher nur aus der privaten Versicherungswirtschaft. Es wurden einige Fälle bekannt, bei denen Ärzte die medizinische Versorgung von City-BKK-Versicherten verweigert haben. Das Wichtigste für die

Versicherten ist eine sichere Versorgung und nicht die freie Wahl zwischen den Kassen. All dies hat zu einer weiteren großen Verunsicherung geführt, zu einem großen Imageschaden. All dies ist, das sage ich in aller Deutlichkeit – rechtswidrig. [WEITERLESEN](#) | [VIDEO ANSEHEN](#)

3.2 Rede vom 26. Mai: Versorgung der privat Versicherten im Basistarif sicherstellen. Gesetzliche Krankenversicherung für Solo-Selbständige bezahlbar gestalten

Privat krankenversicherte Selbständige oder ehemalige Selbständige, deren Einkommen nicht zum Leben reicht und die deshalb Hartz IV beziehen müssen, dürfen seit 2009 nicht mehr in die Gesetzliche Krankenversicherung zurück. Gesetzlich wurde damals geregelt, dass die privaten Versicherungskonzerne zwar rund 290 Euro von den Betroffenen verlangen dürfen, davon werden aber nur rund 130 Euro von den Ämtern erstattet. Diesen gesetzgeberischen Unsinn prangert DIE LINKE schon seit zweieinhalb Jahren an. Privatversicherte im Basistarif erhalten in der Regel weniger Leistungen als Gesetzlich Krankenversicherte. Weil die privaten Versicherungen den Ärzten oft weniger zahlen, als die Gesetzlichen, sind oft nur wenige Ärzte überhaupt bereit, die privaten Basistarif-Versicherten zu behandeln. Das ist ein Skandal! Kranke erhalten in Deutschland nicht die notwendige Versorgung! DIE LINKE teilt die Menschen nicht in privat und gesetzlich ein. [WEITERLESEN](#)

4. Pressemitteilungen

4.1 Gesundheitsfonds zu solidarischer Bürgerversicherung umbauen (27. Mai)

„Um die finanziellen Probleme der Kassen zu lösen, gibt es nur einen Weg: Der Gesundheitsfonds muss zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung umgebaut werden“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die Forderung des DAK-Vorstandschefs Herbert Rebscher, den Gesundheitsfonds abzuschaffen. Harald Weinberg weiter: „Durchaus mit Rebscher übereinstimmen kann man in dem Ziel der Stärkung des Solidarsystems, von dem sich die schwarz-gelbe Bundesregierung verabschiedet hat. Nicht jedoch der Gesundheitsfonds ist schuld an den Kassenpleiten, sondern die eiskalte Wettbewerbsideologie der CDU/CSU und FDP mit ihren Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen. Wir benötigen eine solidarische Finanzierung und nicht die Abschaffung des Gesundheitsfonds.“ [WEITERLESEN](#)

4.2 Studiengebühren wieder abschaffen – endlich auch in Bayern! (25. Mai)

„Der bildungspolitische Fortschritt ist in Bayern eine Schnecke. Nur so lässt sich erklären, dass die Staatsregierung nicht schon längst dem Beispiel anderer Bundesländer folgt und die unsozialen Studiengebühren wieder abschafft.“ so der Kommentar des Nürnberger MdB Harald Weinberg (DIE LINKE zu den Demonstrationen der Studierenden am Donnerstag in Nürnberg und Erlangen. [WEITERLESEN](#)

4.3 Die Zeitbombe Zusatzbeitrag zündet (16. Mai)

„Die Versicherten sind die unfreiwilligen Goldeesel für die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik. Die Zeitbombe Zusatzbeitrag zündet und zerstört die solidarische Gesundheitsfinanzierung endgültig. Die Regierung beschenkt Arbeitgeber, Besserverdienende und die privaten Krankenversicherungen und reicht die Rechnung dafür an die gesetzlich Versicherten und die Steuerzahler weiter“, erklärt Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, zu Schätzungen des GKV-Spitzenverbands, nach denen in den nächsten Jahren mit einem Zusatzbeitrag von 50 bis 70 Euro pro Monat zu rechnen ist. [WEITERLESEN](#)



4.4 Schwarz-Gelb treibt Kassen in die Pleite (13. Mai)

„Wir erleben gerade das Ergebnis einer verfehlten Gesundheitspolitik, die sich als Wettbewerbspolitik versteht und nicht als soziale Daseinsvorsorge“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die drohende Insolvenz der BKK für Heilberufe. Harald Weinberg weiter: „Der ehemalige Gesundheitsminister Rösler hat mit seiner Politik Krankenkassen gnadenlos dem Markt ausgeliefert. Wer die Kassen in einen Preiswettbewerb treibt, muss sich nicht wundern, wenn sie dann versuchen, unerwünschte – sprich ältere und/oder kränkere – Versicherte abzuwimmeln.“ [WEITERLESEN](#)

4.5 Zuzahlungen sind Kopfpauschalen für Kranke (13. April)

„Die heutige Anhörung zu Praxisgebühr und Zuzahlungen hat verdeutlicht, dass von den Zuzahlungen keine Steuerungswirkung ausgeht. Der Grund für die Einführung ist hinfällig, gesundheitspolitisch wurde das Ziel der Maßnahme eindeutig verfehlt. Nun muss Schwarz-Gelb über seinen Schatten springen und den einzig richtigen Schluss ziehen: Praxisgebühr und Zuzahlungen müssen wieder abgeschafft werden“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die von der Fraktion DIE LINKE initiierte Anhörung. [WEITERLESEN](#)

5. Sonstiges

5.1 Artikel in der Jungen Welt vom 6. Mai: 200 Kliniken vor dem Aus

Anlässlich der Vorstellung des „Krankenhaus Rating Reports“ für 2011 berichtet die Junge Welt über drohende Krankenhausschließungen in erheblicher Zahl. Einmal wieder zeigen sich die verheerenden Folgen der Unterwerfung der Gesundheitsversorgung unter die Logik des „freien Marktes“, gegen die auch ich mich in dem Artikel ausspreche. [WEITERLESEN](#)

5.2 Sarrazin und die SPD

Sarrazin darf in der SPD bleiben. Muss man SPD jetzt anders aussprechen? „Sozialdarwinistische Partei Deutschlands“? Soweit geht es sicher nicht, aber was ist zu halten von einer Partei, die Sarrazins Sozialdarwinismus mit sozialdemokratischen Werten vereinbar hält, aber die Initiatoren der damaligen „Initiative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ noch lange vor deren Gründung der WASG aus der SPD rausgeschmissen haben? Zum Thema gab es einen lesenswerten Artikel im Tagesspiegel („Der Feind steht links“), der die lange unrühmliche Geschichte der Ausschlüsse von Parteilinken aus der Sozialdemokratie rekonstruiert. Im Gegensatz dazu konnte der Autor kein Beispiel finden, bei dem Parteirechte ausgeschlossen worden wären... [ARTIKEL LESEN](#)

5.3 Initiative „Fair Play: Mannschaftsspiel gegen Medienmacht“

Im April wurde die strömungsunabhängige Initiative „Fair Play in der LINKEN“ gestartet. Der [Aufruf](#) wurde innerhalb weniger Tage von über 400 Mitgliedern unterschrieben, mittlerweile sind es fast 700.

Die Initiative betreibt einen [kritischen Medienblog](#) nach dem Vorbild der Nachdenkseiten zu Medienfouls gegen die LINKE, auch aus den eigenen Reihen. Sie strebt zudem die Verabschiedung eines "Ehrenkodex" auf einem Parteitag an. Der Kodex enthält u.a. die Aufforderung, innerparteiliche Richtungsdebatten



nicht über die Massenmedien, sondern parteinahe Medien zu führen, um eine demokratische Willensbildung in der Partei zu schützen. Auch sollen Sitzungen von Gliederungen und Zusammenschlüssen mindestens eine Stunde der politischen Debatte wichtiger tagespolitischer Themen widmen, um dem Anspruch der politischen Bildung und einer lebendigen Mitgliederpartei statt eines Wahlvereins gerecht zu werden.

Die Initiatoren sehen Medienfouls aus den eigenen Reihen nicht als alleinige Ursache der Stagnation der LINKEN, aber als wichtige Ursache. Mehr über die Initiative erfahrt Ihr auf der [Startseite der Homepage](#).

6. Termine

6.1 Öffnungszeiten der Stadtratsgruppe der Linken Liste Nürnberg

Montags bis Freitags von 10.00-13.00 Uhr sowie nach Vereinbarung in der Humboldtstr. 104, 90459 Nürnberg. Telefonnr.: 0911-2876013, eMail: linke-liste-nuernberg@t-online.de



6.2 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

7. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86
90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 43122322

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6
82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>